

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.08.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-W In die Zukunft wirtschaften

Antragstext

1 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

2 Sozial-Ökologische Marktwirtschaft

- 3 (90) Die Wirtschaft dient den Menschen und dem Gemeinwohl, nicht andersherum. Wohlstand
4 im
5 Sinne von Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gerechtigkeit ist Kern eines
6 zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das die
7 planetaren Grenzen einhält. Dafür braucht es den Wandel hin zu einer sozial-ökologischen
8 Marktwirtschaft, die Wachstum, Effizienz, fairen Wettbewerb und Innovation als Mittel zur
9 Erreichung von mehr Lebensqualität für alle Menschen nutzt, weltweit und für zukünftige
10 Generationen.
- 11 (91) Viele der strukturellen Anreize zum Produzieren, Handeln und Konsumieren stellen uns
12 vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-ökonomische
13 Verteilungskrisen. Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem, der damit einhergehende
14 Verbrauch natürlicher Ressourcen schon. Wachstum in bestimmten Bereichen wird auch in
15 Zukunft wichtig sein, um die Lebensbedingungen der Menschheit zu verbessern. Es geht dabei
16 um ein qualitatives Wachstum, das neben ökonomischen Kriterien auch soziale und ökologische
17 berücksichtigt.
- 18 (92) Wohlstand definiert sich nicht allein durch materiellen Reichtum, sondern meint
19 Lebensqualität. Es geht auch um Sicherheit, Freiheit, Zeitsouveränität, gesunde
20 Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelle Teilhabe und ein friedliches Zusammenleben.
21 Dafür sind ein neuer Wohlstandsbegriff und ein anderes Wirtschaften nötig. Mit einem
22 umfassenden Wohlstandsindikator können ökologische, soziale und qualitative Merkmale erfasst
23 werden. Wasser, Luft, Boden und Artenvielfalt sind globale Gemeingüter, die abseits einer
24 reinen Verwertungslogik allen Menschen zugutekommen.
- 25 (93) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein europäischer Green Deal.
26 Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften,
27 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die Zukunft. Er
28 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und
29 stärkt Geschlechtergerechtigkeit.
- 30 (94) Freies und kreatives Handeln von Menschen sowie die Dynamik eines fairen Wettbewerbs
31 und gesellschaftlicher Kooperation können nachhaltigen Wohlstand, Fortschritt und innovative
32 Problemlösungen schaffen.
- 33 (95) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, Innovation und
34 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind unverzichtbar, um die

34 großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte Märkte aber
35 sind zukunftsblind, krisenanfällig und instabil. Erst klare Regeln stellen sicher, dass
36 Märkte und Wettbewerb funktionieren und im gesellschaftlichen Interesse wirken. Es ist
37 Aufgabe des Staates, für Information, Transparenz und Wahlfreiheit zu sorgen und die
38 Durchsetzung von Verbraucher*innen-Rechten sicherzustellen.

39 (96) Der Markt ist nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in einer
40 Gesellschaft. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits von Märkten
41 über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen. Wir wollen den
42 Weg ebnen für soziales und ökologisches Unternehmer*innentum, für eine Wirtschaft des
43 Teilens sowie für frei zugängliches Wissen und frei zugängliche Gemeingüter. So wird die
44 sozial-ökologische Wirtschaft im Sinne des Gemeinwohls gestärkt.

45 (97) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir wollen es
46 neu begründen und durchsetzen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und
47 handlungsfähigen Staat und klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie
48 intelligenter öffentlicher Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich
49 sein, wer übergeordnete gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.

50 (98) Nur wenn Preise die ökologische und soziale Wahrheit sagen, geht der Wettbewerb der
51 Märkte nicht zulasten von Mensch und Umwelt. Klimafreundliche und soziale Alternativen
52 können sich dann durchsetzen.

53 (99) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem neuen Wohlstandsmaß und
54 einer neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Diese berücksichtigen neben ökonomischen
55 auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die zum
56 größten Teil von Frauen – unbezahlt – geleistet wird.

57 (100) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche Wirtschafts-,
58 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich stattfinden. Um
59 erfolgreich zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und intakte Infrastruktur,
60 gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine funktionierende öffentliche
61 Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit. Dazu zählen auch schnellere
62 Planungsverfahren durch frühzeitige Verfahrensbeteiligung sowie Behörden und Gerichte mit
63 ausreichendem Personal und einer vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

64 (101) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und Institutionen
65 müssen für alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des Rechts, der
66 Mobilität und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und Dienstleistungen von
67 allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und die kommunale Selbstverwaltung
68 müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und Wettbewerb ausgenommen
bleiben.

69 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

70 (102) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass Märkte
71 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt hervorbringen können. Es ist Aufgabe
72 von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und aufzubrechen sowie jene Bereiche

- 73 einer Gesellschaft zu definieren und auszugestalten, die nicht durch Märkte dominiert werden
74 sollen.
- 75 (103) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairer Wettbewerb.
76 Darunter leiden viele europäische Unternehmen. Der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen,
77 Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe öffentlicher Aufträge durch und an
78 Dritte sollen auf der Basis von Standards und Gegenseitigkeit erfolgen. Außereuropäische
79 Übernahmen müssen dann, wenn nötig, auch untersagt werden. Kritische Infrastruktur und
80 Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.
- 81 (104) Regulierung ist kein Selbstzweck. Sie muss sich an gesellschaftlichen Zielen
82 orientieren. Sie sollte Individuen und Unternehmen möglichst viel Freiheit in Bezug auf die
83 gewählten Mittel lassen. Es ist laufend zu überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften noch
84 bedarf und sie ihren Schutzzweck weiterhin erfüllen. Dabei ist zu beachten, dass sowohl
85 ungeeignete politische Regeln als auch fehlende politische Regulierung Wettbewerb
86 einschränken und Marktmacht zementieren können. Regulierungen müssen so ausgestaltet
sein,
87 dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum Wettbewerbsnachteil für kleine
88 Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen stattdessen bewirken, dass
Machtunterschiede
89 möglichst ausgeglichen werden.
- 90 (105) Digitale Plattformen sind Teil der Infrastruktur. Das Teilen, Tauschen und Vermitteln
91 von Gütern, Dienstleistungen und Informationen auf digitalen Plattformen kann die Teilhabe
92 der Menschen stärken. Diese Plattformen sollen klar und streng reguliert werden, damit sie
93 ihre Machtstellung nicht ausnutzen können, damit faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen
94 herrschen sowie Innovation im Sinne des Gemeinwohls stattfindet. In Europa braucht es
95 öffentlich-rechtliche Alternativen zu den bisherigen privaten Monopolen.
- 96 (106) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu setzen.
97 Deutschland kann nur in der ökologischen Moderne seine internationale Position als globaler
98 Industriestandort wahren, mit neuen Wertschöpfungsketten, neuen Produkten, guten
99 Arbeitsplätzen und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen. Dazu braucht es eine aktive
100 Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade da, wo der Markt
101 das Risiko scheut. Sie muss außerdem Wettbewerbsnachteile ausgleichen, in Forschung und
102 Digitalisierung investieren und Arbeitsplätze sichern.
- 103 (107) Unternehmer*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem wirtschaftlich
104 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des Unternehmens zu
105 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und
106 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll mit
107 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit Indikatoren, welche die sozialen, ökologischen und
108 gesellschaftlichen Auswirkungen messen.
- 109 (108) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industriepolitik ist die vollständige
110 Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in Europa. Automobil- und Chemieindustrie sowie der
111 Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den vergangenen
112 Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen sich neu erfinden, um den Herausforderungen des
21.

113 Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen, was sie –
114 ganz besonders den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität,
115 die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften sowie ihre europäische und globale
116 Orientierung.

117 (109) Das Handwerk ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. In seiner
118 Vielfalt ist das Handwerk Voraussetzung für die Stadt der kurzen Wege, für attraktive
119 Regionen und für die sozial-ökologische Transformation. Das Handwerk muss durch faire
120 Wettbewerbsbedingungen dabei unterstützt werden, seine Traditionen in die Zukunft zu
121 übertragen und seine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Fachkräften zu stärken und in
122 strukturschwachen Regionen zu erhalten.

123 (110) Entscheidend für eine Dekarbonisierung von Produktion und Konsum ist ihre Einbettung
124 in eine Kreislaufwirtschaft. Produktion und Konsum finden dabei so weit wie möglich in
125 vollständigen Kreisläufen statt, so dass weniger natürliche Ressourcen verwendet werden
126 müssen. Zentral dabei ist ein umfassendes Gebot für ressourcensparendes und
127 kreislauffähiges Produktdesign. So wird die Zahl der neu produzierten Waren und Güter
128 minimiert, Produkte werden langlebiger und können repariert oder wiederaufbereitet werden.

129 (111) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union mit dem
130 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die
131 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu bleiben,
132 Innovationen und Wertschöpfung zu fördern, sich weniger abhängig von anderen globalen
133 Playern zu machen und zugleich in der noch weitestgehend unregulierten digitalen Welt
134 Bürger*innen-Rechte zu sichern.

135 (112) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben. In einem
136 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation, Digitalisierung,
137 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer Rahmensetzung sind die
138 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Aluminium, Glas, Papier oder Chemikalien weiter in
139 Europa produziert werden. Die dafür nötigen Transformationsschritte müssen
140 wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.

141 (113) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und Erfindungen
142 brauchen wir ausreichend eigene Produktionskapazitäten für systemrelevante Produkte wie
143 medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die Regionalisierung in
144 kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören zusammen. Der Markt allein kann
145 das nicht richten.

146 (114) Das freie Unternehmer*innentum, die Gründer*innen in Start-ups sind die Treiber*innen
147 für Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und
148 Investitionen in Forschung. Wirtschaftspolitik begünstigt, fördert und vernetzt neue Ideen
149 und kleine Unternehmen sowie Start-ups und Ausgründungen aus Universitäten europaweit. Sie
150 unterstützt bei der Finanzierung, beim Transfer von Grundlagenforschung in die Praxis und
151 sorgt für attraktive Rahmenbedingungen, um die besten Forscher*innen, Gründer*innen und
152 Fachkräfte anzuziehen.

153 **Eigentum und Gemeinwohl**

154 (115) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine sozial-
155 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es gesellschaftlich,
156 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie und
157 Marktwirtschaft bedroht.

158 (116) Grund und Boden unterliegen einer besonderen Sozialbindung, weil sie unvermehrbar und
159 unverzichtbar sind. Deshalb müssen Renditen in diesem Bereich begrenzt sein sowie Grund und
160 Boden verstärkt in öffentliches Eigentum überführt werden. Es gilt zusätzlich, die
161 Flächeninanspruchnahme zu begrenzen. Der Staat muss für vielfältige Besitzstrukturen sorgen
162 und sie stärken.

163 (117) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem Eigentum und eine stärkere
164 Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen leisten einen wichtigen
Beitrag
165 hin zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft.

166 (118) Die Weitergabe von bestehendem Wissen ist über Open Source praktisch ohne Kosten
167 möglich. Der Zugang zu Wissen für alle Menschen erhöht Wohlstand und Gerechtigkeit.
168 Geistiges Eigentum soll daher auf das Maß begrenzt werden, das erforderlich ist, um
169 ökonomische Anreize zur Wissensgenerierung zu erhalten. So viel Wissen wie möglich soll
170 Menschheitswissen werden.

171 **Finanzmärkte und Banken**

172 (119) Finanzmärkte und Banken haben die Aufgabe, realwirtschaftliche Investitionen zu
173 finanzieren und Sparer*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die
174 Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven Finanzprodukten zum
175 Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück zum
sogenannten
176 „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht und nicht die
177 kurzfristige Spekulation. Dafür muss das Einlagen- und Kreditgeschäft vom riskanten
178 Investmentbanking abgetrennt werden (Trennbankensystem). Es braucht einen Finanzmarkt,
der
179 sich an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt, statt ihm zu schaden.

180 (120) Gute Banken sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie zu groß, werden
181 sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank so groß sein, dass sie eine ganze Volkswirtschaft
182 in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne Rückgriff auf Steuermittel jederzeit
183 möglich sein. Außerdem brauchen Banken eine gute Eigenkapitalausstattung und wirksame
184 Haftungsregeln.

185 (121) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen, lokalen
186 Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht eine effektive Aufsicht sowie einfache,
187 glasklare Regeln ohne Lücken, die für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds oder
188 FinTechs. Kleine Banken, von denen keine Gefahr für das Finanzsystem ausgeht, müssen nicht
189 so umfassend reguliert und beaufsichtigt werden wie Großbanken.

190 (122) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für den Klimaschutz, wenn Anlagegelder in
191 den ökologischen Umbau gelenkt werden und nicht mehr in die alte, von fossilen Energien

192 getragene Wirtschaft fließen. Die öffentliche Hand muss vorangehen und sich vollständig aus
193 Investitionen Unternehmen zurückziehen, die auf fossile Energien bauen. Für Anleger*innen
194 muss zu jeder Zeit transparent sein, welche ökologischen und sozialen Folgen mit ihren
195 Investitionen oder Einlagen verbunden sind. Es gilt, die Klima- und Nachhaltigkeitsrisiken
196 im Finanzsektor offenzulegen und einzupreisen. Das macht die Finanzierung von Investitionen
197 in Klimaschutz und Nachhaltigkeit günstiger als die Bereitstellung von Kapital für andere
198 Zwecke.

199 **Geld- und Fiskalpolitik**

200 (123) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es, ökonomischen
201 Krisen entgegenzuwirken. Denn sie vernichten Arbeitsplätze und Existenzen und können
202 Gesellschaften ins Chaos stürzen.

203 (124) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung der
204 Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen Beitrag
205 leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche Krisen zu
206 verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die
207 Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als auch auf
208 europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben zu nutzen und
209 auszubauen, um Wirtschaftskrisen und deren soziale Folgen zu vermeiden. Langfristige
210 Schuldenfähigkeit ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf die
211 Handlungsspielräume künftiger Generationen gesetzlich zu verankern.

212 (125) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen Europa
bei.

213 Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So verschärfen sich
214 wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und Handel, ohne
215 dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische Währungsunion
216 zu vollenden und die dafür notwendigen Vertragsveränderungen auf den Weg zu bringen.

217 (126) Die Zentralbanken sollten eigene Standards für digitale Währungen schaffen. Private
218 Währungen sollen im Euro-Raum nicht zugelassen werden. Digitale Zahlungen,
Kryptowährungen

219 und die Personen hinter den Accounts müssen nachvollziehbar sein. Zur Bekämpfung von
220 Verbrechen wie Geldwäsche, die Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder,
221 Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung braucht es eine staatliche Infrastruktur.

222 (127) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Sie
223 braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren und in
224 schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten zu können. Dieser Haushalt
225 muss über eigene Steuereinnahmen verfügen. Um langfristige Investitionen zu finanzieren und
226 schwere Konjunkturerinbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser Haushalt auch
über

227 Kredite finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der Europäischen
228 Union und ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein
229 Zahlungsausfall muss in jedem Fall ausgeschlossen sein.

230 (128) Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie gilt es zu
231 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das Ziel der
232 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte die EZB, wie

233 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt das Ziel der Wohlstandsmehrung und eines hohen
234 Beschäftigungsstands verfolgen. Solange die Unabhängigkeit der Zentralbank gesichert ist,
235 sollte es zulässig sein, dass die Notenbank in schweren Krisen die Liquidität der Staaten
236 garantiert.

237 (129) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und Vergemeinschaftung von
238 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von
Unternehmensgewinnen.

239 Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker aufeinander abgestimmt werden. Im Fall
240 von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten innerhalb der Währungsunion müssen
die

241 Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere Verbindlichkeit haben, etwa den
242 Defizit- wie auch den Überschussländern symmetrische Verpflichtungen zum Abbau
aufzuerlegen.

243 **Haushalts- und Steuerpolitik**

244 (130) Haushaltsmittel gehören allen Bürger*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam umzugehen und
245 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf effizientem Weg
246 erreicht werden. Die öffentlichen Haushalte sollten in einer Demokratie klar, transparent
247 und nachvollziehbar sein. Gender Budgeting ist für einen gerechten Haushalt unerlässlich.

248 (131) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen Regeln für
249 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die Verbindlichkeiten zu
250 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und auszubauen.
251 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die Handlungsspielräume künftiger
252 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an der
253 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und die
254 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll und
255 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.

256 (132) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Öffentlich-Private Partnerschaften kommen nur
257 dann in Betracht, wenn sich durch sie ein Mehrwert bzw. geringere Kosten für die
258 Steuerzahler*innen ergeben.

259 (133) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher. Es braucht
260 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist. Das ist Grundlage für
261 Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.

262 (134) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt neue
263 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose Einkommen. Das
264 Aufkommen der Steuern aus Kapitaleinkommen, aus großen Vermögen und Erbschaften muss
wieder
265 erhöht werden. Die Besteuerung von Kapitaleinkommen muss mindestens dem Maß der
Besteuerung
266 der Erwerbstätigkeit entsprechen. Der Vermögensaufbau von einkommensschwachen Gruppen
soll
267 gezielt gefördert werden, unter anderem über Wohnerwerbsförderung oder Mitarbeiter*innen-
268 Beteiligungsprogramme.

- 269 (135) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden. Nicht am
270 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen stärker
271 besteuert und damit verteuert werden. Im Gegenzug werden der ökologische Umbau und
soziales
272 Engagement begünstigt.
- 273 (136) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale Umsätze
274 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische
275 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.
- 276 (137) Alle sollen sich ihrer finanziellen Lage entsprechend am Gemeinwohl beteiligen. Die
277 Besteuerung soll progressiver werden. Dafür braucht es Transparenz über wirtschaftliche
278 Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der Lage ist, das Recht durchzusetzen.
279 Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und Sozialbetrug sind mit
allen
280 Mitteln zu bekämpfen.